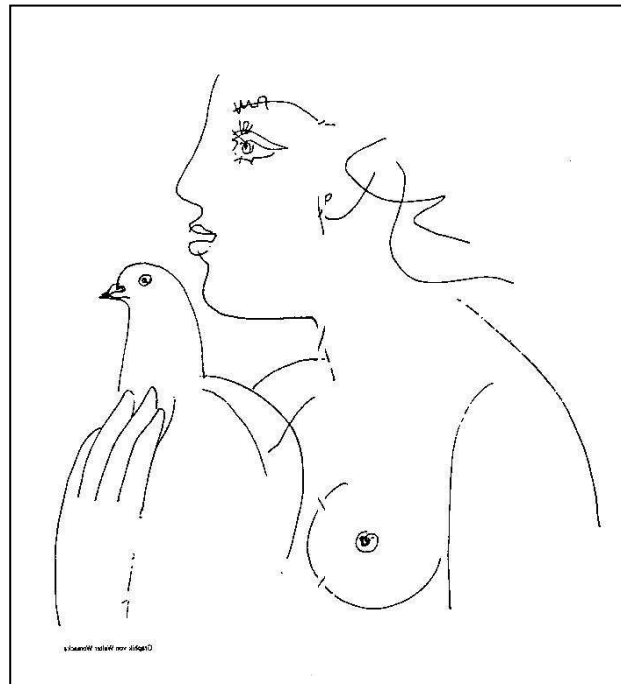


# Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 73



## Kalter Krieg gegen die DDR

Wie ihn die BRD entfesselte, führte und bis heute fortsetzt

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 20.09.2010

---

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: [gbmev@t-online.de](mailto:gbmev@t-online.de) Homepage: [www.gbmev.de/](http://www.gbmev.de/)

## **Sudelkanonade auf Hochtouren**

Die Sudelkanonade bundesdeutscher Politiker und Massenmedien gegen die DDR läuft mit Blick auf den 20. Jahrestag ihres Anschlusses auf Hochtouren. Sie soll wachsender Sympathie erheblicher Teile der Bevölkerung für die Grundidee des Sozialismus begegnen und die Menschen von den immer schmerzhafteren Folgen der Gesellschaftserosion des Kapitalismus, besonders der Finanz- und Wirtschaftskrise, ablenken.

Generaloberst a. D. Werner Großmann, ehem. stellvertretender Minister für Staatssicherheit, antwortete in einem Interview auf die Frage, warum die DDR „gleich ein ganzes Ministerium brauchte“, um der Dinge Herr zu werden: „Warum gibt es heute noch den BND, das Bundesamt für Verfassungsschutz, den Militärischen Abschirmdienst, den Staatsschutz und zivile Sicherheitsdienste?“ Offenbar fühle sich die BRD von inneren und äußeren Feinden bedroht. „Um wie vieles mehr“, so Werner Großmann weiter, „traf dies für die DDR während der Zeit des Kalten Krieges und der Blockkonfrontation zu. Seit dem ersten Tag ihrer Existenz nachweislich bedroht, verhielt sie sich damals logisch und zwingend, wenn sie sich ebenfalls Schutz- und Sicherheitsorgane gab.“

## **Speerspitze der Konterrevolution**

Der BRD, von Anfang an in die US-Strategie des „roll back“ - eines Zurückrollens des Sozialismus“ - einbezogen, wurde bei dem Bemühen um Restauration der alten Macht- und Eigentumsverhältnisse die Rolle einer europäischen „Speerspitze“ übertragen. Die „Befreiung“ der DDR stand an erster Stelle auf dem konterrevolutionären Programm der Bonner Regierung. Das andere, das neue Deutschland, welches das Potsdamer Abkommen als verpflichtendes Völkerrecht verstand und danach handelte, passte nicht in die Pläne derer, die eine abermalige „Neuordnung Europas“ anstrebten. Die DDR, deren politische Führung die Ausrottung des Faschismus und Militarismus, die

Entmachtung der Konzerne und Großgrundbesitzer getreu dem Schwur von Buchenwald und gemäß den Ergebnissen des 1946 in Sachsen durchgeführten Volksentscheids über die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher auf ihre Fahnen geschrieben hatte, stand diesen Plänen im Wege.

Mit einem Wirtschaftskrieg gedachten der USA-Imperialismus und seine Bonner Gefolgsleute dem jungen Staat schnell das Lebenslicht ausblasen zu können.

Das Gebiet der DDR, von Kriegszerstörungen in wesentlich größerem Ausmaß als das der BRD betroffen, war zunächst wirtschaftlich ein Torso. Die materiell-technische Ausgangsposition betrug lediglich 50 Prozent des Niveaus der westdeutschen.

Die Grundstoffindustrie, die schwerindustrielle Basis mit 120 leistungsfähigen Hochöfen, befand sich im Ruhrgebiet. Die DDR verfügte über vier veraltete Hochöfen. Von der Vorkriegsproduktion Deutschlands entfielen bei Roheisen nur 1,3 Prozent auf das Gebiet der DDR. Bei Steinkohle waren es zwei, bei Stahl sieben Prozent. Was Bodenschätze betraf, so verfügte die DDR lediglich über Braunkohle und Kalisalze, aber kaum über Steinkohle, Kupfer und Zinn. Das Verkehrswesen war schwer angeschlagen, die Landwirtschaft ausgezehrt. Außerdem trug die DDR bis 1954 die Reparationsschuld gegenüber der Sowjetunion und Polen für ganz Deutschland ab.

### **Vom „Röhrenembargo“ zu offenem Terror**

Im Februar 1950 verbot die BRD-Regierung im Rahmen des sogenannten Interzonenhandels vertraglich vereinbarte Stahllieferungen an die DDR. Das Röhrenembargo sollte dem Aufbau in der DDR einen empfindlichen Schlag zufügen. 1951 und 1952 kam es wiederholt zum Handelsabbruch. Die BRD-Regierung, für ihre Funktion in der Systemauseinandersetzung vom US-Imperialismus im Rahmen des Marshall-Plans mit Dollar-Millionen angefütert, versprach sich rasche Ergebnisse ihres Boykotts und ihrer Wirtschaftssabotage gegen die DDR. Weni-

ge Tage nach deren Gründung mutmaßten die „Ruhrnachrichten“: „Diese sogenannte DDR ... wird das Jahr 1950 kaum er-, geschweige denn überleben“.

Unablässig wurden die schweren Anfänge der DDR von BRD-Medien mit Horrorberichten über eine „permanente Krise der Zonenwirtschaft“ begleitet. Angriffe auf Betriebe und Einrichtungen der DDR sollten diesem Wunschbild offenbar zur Realisierung verhelfen. Dazu gehörten der Sabotageakt im Berliner Kraftwerk Klingenberg, der Anschlag auf das Sprengstoffwerk Ganschwitz sowie zahlreiche Brandstiftungen in der Landwirtschaft. Bestandteil des ökonomischen Terrors gegen die DDR waren auch die Verschiebung enormer Vermögenswerte in die BRD, die Fehlleitung von Waggonen nach Westberlin, Währungsmanipulationen großen Stils sowie vor allem Facharbeiter, Wissenschaftler und Ärzte anvisierende Abwerbungskampagnen.

Anfang 1960 wurden der DDR-Volkswirtschaft auf diese Weise zugefügte Schäden auf etwa 200 Milliarden Mark geschätzt. CSU-Chef Strauß befand 1961, dass die stufenweise Anwendung wirtschaftlicher Sanktionen besser sei „als eine Maschinengewehrgarbe“.

Zur Zielsetzung des Wirtschaftskrieges gegen die DDR äußerte später der BRD-Wissenschaftler Dr. E. Hoffmann: „Indem man den Interzonenhandel hemmte, konnte man der DDR entscheidenden Schaden zufügen, sie am wirtschaftlichen Fortschritt hindern, den Lebensstandard der Bevölkerung niedrig halten, die dortige Entwicklung diskreditieren und möglicherweise einen Aufstand gegen das Regime in Bewegung setzen.“

Ein weiterer Schwerpunkt des gegen den sozialistischen deutschen Staat betriebenen kalten Krieges war die Forcierung einer nichtkriegerischen Aggression besonders in den 50er und 60er Jahren.

Erklärungen und Praktiken der BRD-Regierung und der systemkonformen Parteien basierten auf der Nichtanerkennung

des anderen Deutschland als Staat. Die DDR sollte international isoliert und schließlich liquidiert werden.

Der britische Konservative Timothy Ash schrieb in seinem Buch „Im Namen Europas – Deutschland und der geteilte Kontinent“: „In den fünfziger Jahren hatte man ernsthaft darüber nachgedacht, durch eine ‚Politik der Stärke‘ den Rest Deutschlands in den Westen zu ziehen und damit, zumindest temporär, die Variante des ‚vereinigten Deutschlands im geteilten Europa‘ zu schaffen.“

Das Bonner Feindbild und die ihm entsprechende Sprachregelung kannten nur solche diffamierenden Begriffe wie „Zone“, „Gebilde“, „Phänomen“ usw.

Nach derartiger Lesart war das Deutsche Reich 1945 nicht untergegangen. Immer wieder wurde der Anspruch der BRD auf die „Rechtsnachfolge“ erhoben.

Bundeskanzler Adenauer erklärte, „dass es nur einen deutschen Staat gibt, gegeben hat und geben wird, und dass es einzig und allein die Organe der Bundesregierung sind, die heute diesen niemals untergegangenen deutschen Staat vertreten.“

Sein Nachfolger im Amt Erhard formulierte: „Die Bundesregierung hält an ihrem Alleinvertretungsrecht für alle Deutschen fest.“

### **Die Hallstein-Doktrin und der „Tag X“**

Diese völkerrechtswidrige Anmaßung fand ihren Ausdruck in der sogenannten „Hallstein-Doktrin“. Sie hieß so nach ihrem „Erfinder“, dem damaligen Staatssekretär im Bonner Auswärtigen Amt, Walter Hallstein.

Alle 150 gesamtdeutschen DDR-Initiativen, darunter Vorschläge für freie gesamtdeutsche Wahlen, gegen Remilitarisierung, für eine deutsche Konföderation, überhaupt für ein friedliches Zusammenleben der beiden deutschen Staaten, wurden von der Bonner Regierung ignoriert oder abgelehnt. Adenauer erklärte dazu am 20. Juni 1952 im „Rheinischen Merkur“: „Es gibt nur ein Deutschland, das deutsche Bundesrepublik heißt, und was

östlich von Elbe und Werra liegt, sind unerlöste Provinzen“. Es gehe nicht um Wiedervereinigung, sondern „um Befreiung des Verlorenen.“

Die Alleinvertretungsanmaßung kam faktisch einer Kriegserklärung gleich. Systematisch wurde im Rahmen der Roll-Back-Strategie auf den „Tag X“ als Termin der Beseitigung der DDR hingewirkt.

Bereits Anfang 1950 hatte die Adenauer-Regierung mit der Planung konkreter Maßnahmen nach diesem „Tag X“ begonnen. 1952 war von ihr ein „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ gebildet worden. In fünf „Grauen Plänen“ wurde zwischen 1954 und 1969 detailliert das konterrevolutionäre Programm zur Liquidierung der sozialistischen Errungenschaften in der DDR fixiert.

Beispielsweise hieß es über die Volkseigenen Betriebe, sie „sollen mit der Wiedervereinigung zu rechtlich und wirtschaftlich selbständigen Unternehmen werden“, also wieder Eigentum ihrer früheren Besitzer werden. Die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), sollten „möglichst schnell wieder aufgelöst werden.“ Großgrundbesitzer seien bei der Rückgabe „bevorzugt zu berücksichtigen.“ Es gehe darum Unternehmerverbände zu installieren und in der DDR vollzogene Reformen in Schule und Justiz rückgängig zu machen.

Im „Forschungsbeirat“ saßen Vertreter der in der DDR enteigneten Konzerne und Großgrundbesitzer, „Experten der Marktwirtschaft aus BDI, BDA und DIHT, der Minister für „Gesamtdeutsche Fragen“ sowie Vertreter der Bundestagsparteien.

Als Leiter des Beirats wurde Friedrich Ernst berufen, der in Hitlers „Drittem Reich“ Chef des Reichskommissariats für die Verwaltung feindlicher Vermögenswerte“ gewesen war. An seiner Seite wirkte Karl Thalheim, zu Nazizeitern Berater von Großbanken in Annexions- und Rüstungsfragen. Zu den „Planern“ gehörte auch Professor Dr. Werner Bosch, ehemals Leiter der Chefgruppe W der Wirtschaftsinspektion Mitte bei den Verbänden der Heeresgruppe Mitte in den zeitweilig okkupier-

ten Gebieten der Sowjetunion, befasst mit der ökonomischen Ausplünderung und Verschleppung von Arbeitskräften. In diesem illustren Kreis durfte auch Dr. Hanns Gareis nicht fehlen. Er war Stabsleiter der Reichshauptabteilung I im faschistischen „Reichsnährstand“ und nach der Besetzung Polens durch die Hitlerwehrmacht im Gebiet Krakow für die „völkische Blut- und Bodenpolitik“ zuständig, d. h. für die Vertreibung der polnischen Bevölkerung von Haus und Hof.

Einen besonderen Stellenwert für die Umsetzung der Pläne des „Forschungsbeirats“ besaß die Spionage- und Sabotagetätigkeit gegen die DDR.

Schon einen Monat nach Gründung der DDR, am 6. November 1949, hatte der US-Bürger Josef Lattan Morse im Westberliner „Tagesspiegel“ zum „Kampf gegen den Kommunismus“ aufgerufen und verlangt, es müsse „eine geheime internationale Interventionsarmee aufgestellt werden, die etwa eine Million Spezialisten zählt und sich aus Spionen, Agenten und Organisatoren, aus Saboteuren, Propagandisten und Agitatoren rekrutiert.“

Die Bonner Regierung ließ sich das nicht zweimal sagen.

Bereits Mitte 1950 hatte das „Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen“ unter Einbeziehung von britischen und amerikanischen Geheimdiensten einen Plan zur Störung des wirtschaftlichen Aufbaus der DDR beraten. Als Schwerpunkte der Unterminierungstätigkeit wurde die Einrichtung und Aufstockung von Agenturen in wichtigen volkseigenen Betrieben, Ministerien, Parteien und Gewerkschaften sowie Sabotage in der Produktion und im Verkehrswesen, überdies die Desorganisation der Planungsabläufe bezeichnet. BRD-Minister Jakob Kaiser leitete diese Beratung.

## **Nervenkrieg und Schießkrieg**

Im Herbst 1950 wurde das „Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes“ verabschiedet. Das Bundesamt und die Lände-

rämter dieses ersten offiziellen Geheimdienstes der BRD hatten auch den Auftrag, wesentliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der DDR auszukundschaften. Sie sollten den Wirtschaftskrieg inspirieren und aktivieren sowie – ausgestattet mit erheblichen Mitteln – massiven Widerstand gegen die gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR organisieren. Am 9. Juli 1961, wenige Wochen vor der Sicherung der DDR-Grenze, forderte die „Bonner Rundschau“ „alle Mittel des Krieges, des Nervenkrieges und des Schießkrieges anzuwenden. Dazu gehören nicht nur herkömmliche Streitkräfte und Rüstungen, sondern auch die Unterwühlung, das Anheizen des inneren Widerstandes, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnung, die Sabotage, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr.“ BRD-Bundeswehrminister F.J. Strauß, ließ am 1. August 1961 verlauten, „dass der Westen auf eine Art Bürgerkrieg vorbereitet sein muss“.

In der Erklärung der Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten zum 13. August 1961 hieß es u. a.: „Die Westmächte haben sich nicht nur nicht um die Normalisierung der Lage in Westberlin bemüht, sondern fahren fort, es als Zentrum der Wühltätigkeit gegen die DDR und andere Länder der sozialistischen Gemeinschaft zu missbrauchen. Es gibt auf der Erde keinen Ort, wo so viele Spionage- und Wühlzentralen fremder Staaten konzentriert sind und sich ungestraft betätigen können. Sie schleusen Agenten in die DDR ein, damit diese Diversionen unternehmen. Sie werben Spione an und putschen feindliche Elemente zu Sabotagehandlungen und Unruhen in der DDR auf.“

### **„Pfahl im Fleische“ der DDR**

Westberlin galt im kalten Krieg erklärtermaßen als „billigste Atombombe“ und als „Pfahl im Fleische“ der DDR. Von hier aus wurde intensiv ein „Ausbluten der Zone“ betrieben.

Im Westen Berlins stationierte imperialistische Geheimdienste und Einrichtungen waren auf Diversion, Terror und anti-



kommunistische Propaganda spezialisiert. Das „Informationsbüro West“, die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, der „Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen“, Ostbüros der SPD und der CDU unterhielten umfangreiche Apparate zur Ausspionierung wichtiger Lebensbereiche der DDR sowie für den subversiven Kampf. Das Ausmaß dieser Umtriebe wird durch die Tatsache verdeutlicht, dass allein 5.000 Agenten und Spione westlicher Geheimdienste von den Abwehrorganen des MfS enttarnt und dingfest gemacht wurden.

Der Kalte Krieg gegen die DDR war nicht nur ein Wirtschaftskrieg. Es handelte sich auch nicht um die entspannungsfeindliche Politik der Nichtanerkennung der DDR als Staat und eine umfangreiche Spionage- und Agententätigkeit. Vor allem gehörten auch friedensgefährdenden Aggressionsvorbereitungen der NATO im Rahmen der militärischen Roll-back-Strategie Washingtons dazu.

Der Kurs der Bonner Regierung schloss die Position ein, die Grenze zwischen DDR und BRD, also die Trennlinie zwischen den beiden miteinander unvereinbaren gesellschaftlichen Systemen, wo sich die Streitkräfte des Warschauer Vertrages und der NATO unmittelbar gegenüberstanden, nicht als Staatsgrenze anzuerkennen. 1973 urteilte das Bundesverfassungsgericht, es handele sich bei dieser auch als Demarkationslinie bezeichneten Grenze zwischen der DDR und der BRD um eine Abgrenzung „ähnlich jener, wie sie zwischen den Ländern der Bundesrepublik besteht.“ Das hieß Ermunterung, diese Staatsgrenze zu missachten und permanent zu verletzen.

### **Erste Schlacht an der Elbe**

Die Härte des mit wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Mitteln gegen die DDR geführten Kalten Krieges wurde durch dessen militärische Variante ins Extrem gesteigert. Die „Roll-back-Strategie“ des US-Imperialismus fand gerade in Führungskreisen des bundesdeutschen Militärs besonders eifrige Verfechter.

Die ideologische Einstimmung auf diesen gefährlichen Kurs hatte der erste BRD-Kanzler Adenauer schon am 5. März 1952 mit einer im „Norddeutschen Rundfunk“ abgegebenen Grundsatzklärung vorgenommen: „Erst wenn der Westen stark ist, ergibt sich ein wirklicher Ausgangspunkt...mit dem Ziel, nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze Europa östlich des Eisernen Vorhanges zu befreien.“ Der in dieser Erklärung zum Ausdruck kommende politische Wahnwitz, das Setzen auf eine „Politik der Stärke“, erinnerte an dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte. Die Bundesregierung hatte die durchgängige Remilitarisierung und den Aufbau der Bundeswehr im Auge. Weil die neue Aggressionsarmee zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht aufgebaut war, setzte der damalige SPD-Vorsitzende Schumacher auf die NATO. Die „Nürnberger Nachrichten“ meldeten am 25. Oktober 1950, ein Jahr nach Gründung der DDR, „Dr. Schumacher, der seit Monaten die Aufstellung zahlreicher alliierter Divisionen in Deutschland forderte, um im Falle eines Krieges die erste Schlacht an der Elbe und die zweite an der Weichsel schlagen zu können, meinte, dass die angekündigten Verstärkungen nicht ausreichend seien...“

Um den deutschen Imperialismus für seine konterrevolutionäre „Befreiungsmision“ und die „Neuordnung Europas“ fit zu machen, bedurfte es militärischer Stärke. Im August 1950 verlangte der damalige BRD-Vizekanzler Blücher: „Wir Deutschen sollten nicht über Wiederbewaffnung reden. Wir sollten handeln, stillschweigend, aber schnell.“

Die Bundeswehr, Streitmacht eines Staates, der als einziger in Europa die Nachkriegsgrenzen nicht anerkannte und dessen Soldaten sich in Eid und Gelöbnis auf „das deutsche Volk“ in seiner Gesamtheit zu beziehen hatten, war von Beginn an anti-kommunistisch indoktriniert und in reaktionärem Traditionsbewusstsein erzogen.

## Vom „Fall Rot“ zur „Vorneverteidigung“

Im Bundeswehr-Weißbuch von 1979 wurde betont, dass das „Wiedervereinigungsgebot“ den politischen Auftrag der Armee der BRD präge. F.J. Strauß kannte „nur noch den ‚Fall Rot‘. Vor dem Hintergrund der Alleinvertretungsanmaßung gegenüber der DDR formulierte er: „Nur eine entschlossene Initiative kann helfen, uns aus den Fesseln des Status quo zu befreien.“

Die BRD wurde zum Hauptstationierungsland von NATO-Truppen, zum größten US-Waffendepot in Europa, zum Lagerplatz und zur Abschussrampe amerikanischer Atomraketen. Die führenden BRD-Militärs übernahmen unter der These von der „Vorneverteidigung“ das im Pentagon vertretene Prinzip, „die Fähigkeit zu besitzen, den ersten Schlag zu führen.“

„Die Welt“ stellte am 5. August 1977 unter der Schlagzeile „Vorneverteidigung ist für die Deutschen unabdingbar“ u. a. fest: „Seit der Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO im Jahre 1955 war es das Bestreben Bonns gewesen, die ‚Vorneverteidigung‘ vom Rhein an die Grenze zum Warschauer Pakt nach Osten zu verlegen. Das gelang.“

Aus „Vorneverteidigung“ wurde recht schnell nukleare „Vorwärtsstrategie“.

Das Manöver „Fallex 66“ sollte noch als interne westdeutsche „Polizeiaktion“ zur „Befreiung“ der DDR gelten. Offenbar knüpfte dieses Manöver an den erst 1959 publik gewordenen Plan „DECO II“ aus dem Jahre 1955 an. Sein Inhalt: „Die Operation DECO II sieht ein schlagartiges Zusammenwirken von Land-, Luft- und Seeverbänden, Propagandaeinheiten und den vor Anlaufen der militärischen Operationen nach Ostberlin und strategisch wichtigen Punkten der SBZ zu infiltrierenden militärischen Einheiten vor.“ Und weiter: „Die nach Ostberlin eingeschleusten Verbände der 3. LSKG in Zivil besetzen zum Zeitpunkt ‚E‘ schlagartig sämtliche sowjetzonalen staatlichen und militärischen Dienst- und Kommandostellen, Telegrafien- und Fernsprechämter, Reichsbahn- und Stadtbahnhöfe, Rundfunk-

sender, Großverlage, Staatsreservelager, Industrie- und Hafenanlagen, Ausfallstraßen und Grenz-Kontrollpunkte...“

### **335 Atombomben auf DDR-Städte**

Bei den Manöverserien „Autumn Forge“, „Reforger“, „Crusader“ und anderen, an denen Hunderttausende Soldaten der NATO teilnahmen, spielten Elemente der von der BRD in die NATO eingebrachten „Vorwärtsstrategie“ immer wieder eine wesentliche Rolle.

Bei den alle zwei Jahre durchgeführten NATO-Planspielen „Wintex“ wurde theoretisch der Atomkrieg geübt. Schon 1955 war bei dem NATO-Luftwaffenmanöver „Carte Blanche“ der Abwurf von 335 Atombomben auf DDR-Städte simuliert worden.

Die militärischen Vorbereitungen für eine „Befreiung“ der DDR wurden durch einen intensiven psychologischen Krieg gegen den sozialistischen deutschen Staat begleitet.

Elektronischen Medien wie Hörfunk und Fernsehen setzten vom Boden der BRD und Westberlins alles daran, antikommunistische Stereotype zu propagieren, Einfluss auf das Bewusstsein der DDR-Bürger im Sinne konterrevolutionärer Auffassungen zu nehmen, sogenannte Widerstandsorganisationen aufbauen zu helfen und zu fördern, staatsfeindliche Aktionen zu stimulieren und zu organisieren sowie Sabotage im Verkehrswesen und in der Wirtschaft auszulösen.

Der elektronische Krieg, von den USA über viele Jahre geübt und verübt, hatte schnell auch in der BRD seine Verfechter gefunden. Sie kooperierten mit US-Einrichtungen. Der NATO-Ministerrat maß dieser Kriegsführung einen hohen Stellenwert und ab den 1970er Jahren ein immer größeres Gewicht bei.

Die Aufgabe der elektronischen Medien des Imperialismus bestand nach Auffassung des US-Experten Edmund Taylor darin, „vor allem Aktionen zu organisieren, zu koordinieren: Streiks, Arbeit-langsam-Aktionen, Demonstrationen, Mauerpropa-

ganda, Sabotage der Verkehrsmittel einschließlich der Schifffahrt und des Flugverkehrs, die Ermunterung zum Ungehorsam in breitem Ausmaße, Förderung der Einzel- und Massenflicht, Organisation von Ausbrüchen aus ostdeutschen Gefängnissen, all das hängt von einer weitreichenden Rundfunkagitation und -instruktion ab. Die Endphase vor dem totalen Aufstand würde erforderlichenfalls der Art von Terror-Guerilla-Kriegsführung entsprechen... Der Rundfunk kann Äußerungen sonst flüchtiger Natur eine ungeheure Resonanz geben. Sowohl der RIAS als auch der Sender ‚Freies Europa‘ haben wiederholt diese Fähigkeit demonstriert.“

Dem RIAS, der 1946 von der US-Administration als erstes ihrer Sprachrohre in Europa eingerichtet wurde, kam dabei eine Schlüsselrolle zu.

Seine Hauptaufgabe bestand darin, die sozialistische Entwicklung in der DDR stören und möglichst rückgängig zu machen.

Die „New York Herald Tribune“ schrieb am 11. Juli 1952: „Wegen seiner Sendungen, aber auch wegen der Informationen, die er sammelt, ist der RIAS für den Erfolg der Arbeiten gewisser deutscher Widerstandsorganisationen, die ihr Hauptquartier in Berlin haben, unschätzbar.“

Dementsprechend wirkte diese „freie Stimme der freien Welt“ auf den „Tag X“ hin.

Von seiner Gründung an mit den verschiedensten Geheimdiensten verbunden, arbeitete der RIAS eng mit einer Reihe von in Westberlin ansässigen Agentenzentralen zusammen. Einigen von ihnen, so der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, „Bund freiheitlicher Juristen“ oder „Ostbüro der SPD“, räumte er zeitweilig feste Sendezeiten ein.

In der „Chicago Daily Tribune“ wurde im Februar 1961 offen ausgeführt: „Wir müssen durch fortgesetzte Propaganda in der sowjetischen Besatzungszone eine Armee von Guerillas schaffen... Die Werbung wie auch die Befehlsübermittlung bis zur gegebenen Stunde ist Hauptaufgabe des RIAS.“

Mitte Juni 1961 schien der US-Administration und ihren westdeutschen Vasallen die Zeit gekommen und die durch fehlerhafte Normenpolitik der DDR-Regierung entstandene Situation günstig, langgehegte konterrevolutionäre Träume zur Realität werden zu lassen.

Am 13. Juni hatte der nach Westberlin eingeflogene Chef des US-Geheimdienstes Allan Dulles die „Aktionsplanung“ abgesegnet.

Am 16. Juni unterbrach die RIAS sein „normales“ Programm. Er begann mit einer Sonderberichterstattung über den „Aufstand“ in der DDR.

Ein Korrespondent der „New York Times“ kabelte zwei Tage später an seine Redaktion: „Es wäre niemals zu den Unruhen gekommen, wären nicht die Sendungen des RIAS gewesen... Der Propagandasender der USA in Berlin verbreitete am Mittwoch (17. Juni 1953, d. Verf.) von 5.00 Uhr an für alle Teile Ostdeutschlands detaillierte Anweisungen.“

Nachdem die konterrevolutionären Blümenträume Washingtons und Bonns in diesen Juni-Tagen nicht aufgegangen waren, erhöhte die US-Administration das Budget des Senders. Einschneidende programmorganisatorische Maßnahmen erfolgten. Der RIAS wurde zum, wie es hieß, „politisch intensivsten Sender der Welt“: Rund die Hälfte der Sendezeit bestand aus Wortsendungen. Ein Drittel von ihnen war der Politik gewidmet. Die beiden Programme des Senders strahlten im Verlauf von 24 Stunden 33 mal Nachrichten aus.

Helmut Kohl sprach anlässlich des 30-jährigen Bestehens des RIAS von einer „festen Brücke, die vom Weiterbestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937“ ausgehe, die zu „den Menschen in Ostberlin und in der DDR geschlagen“ worden sei.

Neben dem RIAS waren vor allem der SFB und der Deutschlandfunk (DLF) in die Bestrebungen eingebunden, die DDR als Staatsmacht zu delegitimieren und zu destabilisieren.

Auch der DLF bekannte sich unumwunden und erklärtermaßen zum Antikommunismus. Am 17. August 1975 hieß es in diesem Sender: „Nun kann man die Schlussakte von Helsinki von vorn bis hinten durchblättern, es findet sich kein einziges Wort darüber, dass die auszutauschenden Informationen frei von Antikommunismus sein müssen und sollen...Abgesehen davon ist zu fragen, warum Antikommunismus eigentlich etwas Schlimmes sein soll.“ Ein programmatisches Bekenntnis, artikuliert von einem deutschen Sender und von deutschem Boden, drei Jahrzehnte nach Beendigung eines vom deutschen Imperialismus in die Welt getragenen und von der Grundtorheit Antikommunismus gerechtfertigten Verbrechens gegen die Menschheit. Ein Bekenntnis, provokatorisch formuliert und im eklatanten Widerspruch zur „Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts“ vom 24. Oktober 1970, die unter anderem die Unterstützung und das Anheizen subversiver Aktivitäten strikt verbot. Der DLF sprach sich ausdrücklich für die Fortsetzung der Propaganda für sogenannte „regimekritische und oppositionelle Bestrebungen“ aus. Der Sender erklärte vielmehr als „die wichtigste Aufgabe, die uns im Westen zukommt“, gegen die Verfassungsordnung der DDR gerichtete Pamphlete „unter der DDR-Bevölkerung zu verbreiten“. Dabei wurde darauf spekuliert, dass Umtriebe in der DDR schließlich einen solchen Umfang annehmen könnten, „der ein polizeiliches Vorgehen ausschließt, und wenn die Funktionsfähigkeit des ganzen Systems infrage gestellt wird.“

Helsinki sollte Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als Normalität anstreben. Der DLF, RIAS und SFB setzten weiter auf antikommunistischen elektronischen Krieg gegen die DDR. Das Schlussdokument von Helsinki wurde gar als „Torheit“ abqualifiziert. Im April 1975 kommentierte der DLF: „Westliche Narren starren noch mit falscher Hoffnung auf die KSZE: Sie vertrauen den Papieren, die dort mühselig mit Worten gefüllt wurden. Ergeben wird sich aber die Festschreibung jener euro-

päischen Zustände, die der Osten besiegelt wissen will und die freiheitlichem Selbstverständnis unerträglich sind.“

(Heute haben Freiheit und Demokratie nach solchem, vom US-Imperialismus geprägten „Selbstverständnis“ offenbar genug Spielraum, um sich in der Welt auszutoben!)

Aufschlussreich für den sogenannten Mainstream in der damaligen Bundesrepublik: Politische Kräfte, die einer flexibleren ideologischen Auseinandersetzung mit dem Sozialismus den Vorzug gaben, charakterisierten den DLF im Oktober 1971 in „Deutsche Zeitung – Christ und Welt“ als „Heimstatt des kalten Krieges“.

Der SFB, 1946 als „Frontstadtseiner gegründet, trug mit speziellen Sendereihen zum elektronischen Krieg gegen die DDR bei. So beispielsweise mit der Reihe „Die Zone hat das Wort“. Oder mit einer sogenannten Grußsendung, die sich einer Geheimsprache bediente. In einem Pressebericht hieß es dazu, aus Briefen gehe hervor, „dass auch die verschlüsselten Botschaften ihre Empfänger erreichten.“

Ein besonders Kapitel im elektronischen Krieg gegen die DDR war die Infragestellung der Grenze zwischen der DDR und der BRD als Staatsgrenze, also der äußerst sensiblen Berührungslinie zwischen den beiden hochgerüsteten Militärpakten Warschauer Pakt und NATO.

Selbstredend operierten und propagierten die Sender im Sinne des 1973 vom Bundesverfassungsgericht gesprochenen Urteils, diese Grenze sei „ähnlich denen, die zwischen den Ländern der Bundesrepublik verlaufen.“ Also um eine „innerdeutsche“ Grenze.

Allein von 1980 bis 1988 wurden 209 Mal die DDR-Grenzposten mit Schusswaffen bedroht und angegriffen. 98 Mal wurde der Luftraum der DDR verletzt.

Dass der kalte Krieg gegen die DDR, darunter der elektronische oder psychologische Krieg nicht in einen verheerenden heißen Umschlag, ist nicht zuletzt der Regierung, den Grenzsoldaten und der militärischen Führung der DDR zu verdanken.



Elektronische Medien der BRD und Westberlins suggerierten, man könne diese „innerdeutsche“ Grenze unter Missachtung der Gesetze und Rechtsvorschriften der DDR beliebig passieren! Dabei war Politikern und Journalisten, die solche „Ermunterungen“ aussprachen durchaus bewusst, dass Versuche des illegalen Übertritts an dieser Grenze lebensgefährlich und sicherheitsbedrohend waren. „Die Westberliner Polizei erhielt“, wie J.A. Kwizinski festhielt, „den Befehl, den Ostdeutschen, die aus der DDR zu fliehen versuchten, ‚Feuerschutz‘ zu geben.“ Eine Folge solcher „Ermunterungen“ zeigte sich in tausenden von Anschlägen gegen Sicherungsanlagen an der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten bzw. zwischen DDR und Westberlin.

~~Allein von 1980 bis 1988 wurden 209 Mal DDR-Grenzposten mit Schusswaffen bedroht und angegriffen. 98 Mal wurde der Luftraum der DDR verletzt.~~

Dass diese provozierenden Aufrufe und Praktiken im Kalten Krieg gegen die DDR nicht in einen heißen umschlugen, war der Besonnenheit der Regierung, der Grenzsoldaten und der militärischen Führung der DDR zu verdanken.

Ein spezielles Kapitel im kalten Krieg gegen die DDR war die Spionage- und Agententätigkeit.

Der kalte Krieg gegen die DDR fand nicht zuletzt seinen spezifischen Ausdruck auch im elektronischen oder psychologischen Krieg gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden statt.

\*\*\*

„Stillschweigend, aber schnell“ waren inzwischen schon die Planer mit „Osterfahung“ von Gestern, waren Hitlergenerale mit den Vorbereitungen für den Aufbau der Bundeswehr befasst. „Daily Mail“ urteilte am 12. Dezember 1949: „Man mag über die Deutschen denken, was man will – was das Waffenhandwerk angeht, sind sie jedenfalls keine Narren.“ „Die Deut-

schen“, d.h. die Repräsentanten des deutschen Militarismus, besaßen auch hinreichend Erfahrungen in punkto psychologischer Kriegsführung. Und so wurde – im Zusammenspiel mit den Experten des Pentagon – die „Bedrohungslüge“ modifiziert und neu aufgelegt. Adenauer, der sich als Kanzler der Rolle der BRD als „Bollwerk“ völlig bewusst war, wies auf die „von Gott dem deutschen Volke übertragene Aufgabe (hin)..., Hüter zu sein für den Westen“ gegen die „bedrohlichen“ „Einflüsse“ „ aus dem Osten.

In den gegen die DDR gerichteten „Befreiungs-Plänen“ nahmen Auf- und Ausbau der Bundeswehr einen zentralen Platz ein.

Die Bundeswehr, Streitmacht eines Staates, der als einziger in Europa die Nachkriegsgrenzen nicht anerkannte, deren Soldaten sich in Eid und Gelöbnis „bewusst in allem auf ‚das deutsche Volk‘ insgesamt zu beziehen“ hatten, war durch und durch antikommunistisch indoktriniert und traditionsbewusst wie eh und je erzogen.

Der von der Reagan-Administration „angedachte“ „begrenzte Atomkrieg“ in Europa, dessen Auslösung die Welt in eine atomare Wüste verwandelt hätte, führte keineswegs zu einem Aufschrei Bonner Politiker. Die Militärs, darunter die der BRD, hatten ja entsprechende Optionen mehrfach durchgespielt!

Die im kalten Krieg gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder nicht zuletzt militärisch geübte Konfrontation sowie ein mit der Bedrohungslüge angeheizter

Antikommunismus, der in der BRD gelegentlich Kriegshysterie auslöste, hat die Völker nicht nur unseres Kontinents wiederholt an den „Rande des atomaren Abgrunds“ gebracht.

\*\*\*

Die DDR existiert nicht mehr. Doch der kalte Krieg gegen sie wird fortgesetzt. Der Antikommunismus erlebt neue Hochzeiten.

Über 40 Jahre wurde die Delegitimierung, wurde die Verketzerung, wurden vielfältige friedensgefährdende Versuche zu ihrer Liquidierung betrieben.

Weil sie Alternative zum kapitalistischen System im Allgemeinen und zum besonders fluchbeladenen deutschen Imperialismus demonstrierte.

Weil sie der Allmacht der Konzerne und Großbanken in diesem anderen, weil sozialistischen Teil Deutschlands die Möglichkeit nahm, „Humankapital“ zu „verwerten“ und hohe Renditen zu kassieren.

Weil sie die Wurzeln des Faschismus gerodet hatte.

Weil sie der einzige und erste deutsche Staat war, von dessen Boden kein Krieg ausging, dagegen immer wieder gewichtige Initiativen für Frieden und friedliche Koexistenz.

Weil sie der erste deutsche Staat war, der soziale Stabilität und soziale Gerechtigkeit schuf.

Der gegen sie geführte kalte Krieg richtete sich folglich gegen das real existierende Beispiel.

Warum aber dann Fortsetzung des kalten Krieges gegen die DDR, obwohl sie als Realität seit 17 Jahren nicht mehr besteht?

Da offenbaren sich bei Umfragen diese Tatsachen:

52 Prozent der Bundesdeutschen sind der Ansicht, „Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.“ Und weiter: 45 Prozent der unter 30-Jährigen in den neuen Bundesländern sind der Auffassung: „Ein reformierter Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.“

Es geht also nicht mehr allein um die Erinnerung an realen Sozialismus. Es geht nun um die Idee des Sozialismus. Und je mehr das kapitalistische System, von der Realität des „realen Sozialismus in Europa“ „befreit“, sein menschenfeindliches Wesen und die ihm ebenbürtige menschenverachtende Praxis mehr denn je offenbart. Je mehr die politische Ordnung der BRD sich nach rechts entwickelt und der Kapitalismus als System in Frage gestellt wird und die Krise dieses Systems mehr

und mehr Menschen in Wut und Zorn versetzt, desto heftiger, desto giftiger werden immer neue Verleumdungen der DDR produziert und von den Massenmedien verbreitet, um so öfter die schmutzige Losung von den „zwei deutschen Diktaturen“. Die erwähnten Umfrageergebnisse, verglichen mit früheren, zeigen einen Trend: Die Zahl derer, die Sozialismus als „im Grunde für eine gute Idee“ halten, wächst. Und nicht zuletzt: Die Untersuchung der BRD-Planungen und -Praktiken des kalten Krieges gegen die DDR kann auch als Beitrag zur „Aufarbeitung“ der Geschichte der BRD verstanden werden. Eine „Aufarbeitung“, die noch aussteht.